zugestellt durch Österreichische Post

FPÖ

Unsere Gemeinde

Unsere Heimat

FREIHEITLICHER GEMEINDEKURIER
Bergland

Ausgabe · Juli 2026 | 561032/2026
Impressum: FPÖ Niederösterreich | Purkersdorfer Straße 38, 3100 St. Pölten



Gemeinsam für eine starke Gemeinde!

„Unser Geld für unsere Gemeinde!“ 2,63 Millionen Euro für unsere Gemeinde?

In der Gemeinderatssitzung vom 24. Februar 2026 kämpfte die FPÖ mit einem dringlichen Antrag für den Schutz unseres Heimatortes. Das Ziel: Unser Steuergeld muss im Ort bleiben, anstatt für internationale Milliardenhaftungen riskiert zu werden. Doch die ÖVP-Mehrheit stimmte eiskalt dagegen.



Liebe Mitbürger!
Haben Sie sich schon einmal gefragt, was man in unserer Gemeinde mit 2,63 Millionen Euro alles bewegen könnte?
- Unsere Straßen sanieren?
- Die Kinderbetreuung und Schulen modernisieren?
- Die lokale Wasserversorgung und die Infrastruktur für Generationen absichern?
- Vereine und soziale Einrichtungen spürbar unterstützen?

Genau diese Summe steht rechnerisch für jede der 2.092 österreichischen Gemeinden auf dem Spiel. Der Bund plant derzeit eine staatliche Haftung für Ukraine-Kredite im unvorstellbaren Ausmaß von bis zu 5,5 Milliarden Euro. Wenn diese Haftungen schlagend werden, fehlt dieses Geld am Ende genau dort, wo es am dringendsten gebraucht wird: Bei uns vor Ort, in den Geldbörsen der Steuerzahler und in den Budgets der Gemeinden.

FPÖ forderte Notbremse

Aus diesem Grund hat unser FPÖ-Gemeinderat Daniel Simoner in der Sitzung am 24. Februar 2026 eine dringliche Resolution eingebracht. Wir wollten, dass unsere Gemeinde ein starkes Signal nach Wien sendet: **Gemeindefinanzen vor Bundeshaftungen schützen!**

Einbringer Daniel Simoner erklärt dazu: *„Wir benötigen jeden Euro an finanziellen Spielräumen für wichtige Zukunftsinvestitionen direkt bei uns im Ort. Es ist für die Bürger nicht nachvollziehbar, warum die ÖVP hier die Interessen unserer Gemeinde den politischen Interessen in Brüssel und Wien opfert. Wenn der Bund Milliardenrisiken eingeht, baden das am Ende die Gemeinden oder die Bürger durch Teuerung und Sparpakete aus. Die Begründung des ÖVP-Bürgermeisters, dass hier die Gemeinde keine Zuständigkeit habe und die Haftung bereits budgetiert sei, lasse ich nicht gelten. Bei den Notarzt-Standorten hatten wir als Gemeinde auch keine Zuständigkeit und haben uns gemeinsam für den Erhalt eingesetzt!“*

Die 4 FPÖ-Forderungen für unsere Heimat

Unsere Resolution war kein theoretisches Papier, sondern ein konkreter Auftrag an die Bundesregierung im Sinne der Bevölkerung. Wir haben vier klare Punkte gefordert:

1. Abstand nehmen von den Haftungen in Höhe von 5,5 Milliarden Euro: Dieses gigantische Risiko ist

Wie die ÖVP-Blockade im Gemeinderat unser Steuergeld aufs Spiel setzt!

nicht im Sinne der Österreicher. Zusätzliche Belastungen auf Bundesebene engen den finanziellen Spielraum ein.

2. Vollständige Transparenz vorab: Bevor auch nur ein einziger Euro haftbar gemacht wird, müssen alle Rechtsgrundlagen, Risiken und Auslösemechanismen lückenlos offengelegt und im Parlament debattiert werden.

3. Strikte Wahrung der immerwährenden Neutralität: Österreich darf nicht durch die Hintertür in eine Form der Kriegsfinanzierung oder Parteienergreifung hineingezogen werden. Hilfe ja – aber ausschließlich zivile und humanitäre Hilfe vor Ort.

4. Priorität für die eigenen Gemeinden: Öffentliche Mittel und finanzielle Spielräume müssen prioritär für Investitionen im eigenen Land und in den Gemeinden verwendet werden.

Warum die ÖVP-Ablehnung unverantwortlich ist

Die Diskussion und die rechtlichen Weichenstellungen auf EU- und Bundesebene finden aktuell statt. Ein Zuwarten hätte die politische Wirkung der Resolution völlig verpuffen lassen. Die Dringlichkeit lag klar auf der Hand.

Dennoch hat die ÖVP-Mehrheit im Gemeinderat den Antrag abgewiesen. Statt sich schützend vor die Finanzen unserer Gemeinde und das Geld unserer Bürger zu stellen, wurde die Debatte im Keim erstickt. Damit zeigt sich einmal mehr: Lokale ÖVP-Politiker agieren oft eher als verlängerter Arm ihrer Bundespartei, anstatt unabhängig für die Interessen der eigenen Ortsbewohner zu stimmen.

Gemeindeinteressen statt Parteipolitik: Wer schützt unsere lokalen Landwirte?

Der jüngste Verkauf einer landwirtschaftlichen Liegenschaft in unserer Gemeinde wirft im Ort verständliche Fragen auf. Wenn landwirtschaftliche Liegenschaften in unserer Gemeinde zum Verkauf stehen, sollte die Existenzsicherung unserer ortsansässigen Bauern an oberster Stelle stehen. Es hinterlässt jedoch einen faden Beigeschmack, wenn überregionale politische Netzwerke scheinbar reibungsloser zum Zug kommen als einheimische Betriebe, die hier ihre Zukunft aufbauen wollen.

Ein Bürgermeister muss in solchen Fragen in erster Linie als unabhängiger Anwalt für die eigenen Ortsbewohner agieren und sollte nicht als verlängerter Arm der Bundes- oder Landespartei wahrgenommen werden. Wir fordern von der Gemeindeführung spürbar mehr Rückhalt für die lokale Landwirtschaft und volle Transparenz bei der Vergabe von Heimatflächen, damit das Vertrauen der Bürger nicht verloren geht.

Unser Versprechen: Wir bleiben dran!

Wir als FPÖ lassen uns von dieser Blockadehaltung nicht entmutigen. Für uns gilt das Prinzip: **Unsere Gemeinde zuerst!** Wir werden weiterhin jede Gelegenheit nutzen, um Missstände aufzuzeigen, Ihr Steuergeld zu verteidigen und Anträge einzubringen, die das Leben in unserem Ort sicherer, lebenswerter und finanziell stabil halten.

Für Fragen oder Anregungen zu unserer Arbeit im Gemeinderat stehen Ihnen GR Daniel Simoner und das gesamte Team der FPÖ jederzeit gerne zur Verfügung!

Integration ist Pflicht, keine Option:

Neuer Integrationskodex durch freiheitliche Regierungsbeteiligung möglich



Martin Antauer
Landesrat

Die FPÖ steht klar gegen weitere Zuwanderung, vor allem aus kulturfremden Regionen. Denn wir sehen jeden Tag, welche Probleme entstehen, wenn Menschen zu uns kommen, die unsere Sprache nicht sprechen, unsere Werte nicht teilen und unsere Lebensweise ablehnen.

Viele dieser Zuwanderer wurden von der Bundesregierung in unser Land gelassen. Die Folgen spüren unsere Gemeinden, unsere Schulen, unsere Betriebe und unsere Bevölkerung.

Genau deshalb sagen wir in Niederösterreich klar: Wenn Menschen durch die falsche und verantwortungslose Migrationspolitik der Bundesregierung hierbleiben dürfen, dann müssen ausnahmslos alle ihren Beitrag leisten.

Dafür haben wir den neuen Integrationskodex geschaffen. Er stellt unmissverständlich klar: Integration ist Pflicht, keine Option. Wer in Niederösterreich leben will, muss Deutsch lernen, unsere Gesetze achten, unsere Werte respektieren und für sich selbst Verantwortung übernehmen.

Es darf nicht sein, dass der Staat zahlt, die Bevölkerung die Folgen trägt und manche glauben, sie müssten sich nicht anpassen. Seit die FPÖ in Niederösterreich mitregiert, werden die Dinge anders. Wir schauen nicht weg. Wir reden Probleme nicht schön. Wir setzen dort an, wo das Zusammenleben tatsächlich entscheidet: bei Sprache, Arbeit, Schule, Wohnen, Sicherheit und Respekt vor unserer Rechtsordnung.

Deutsch ist der Schlüssel. Wer unsere Sprache nicht spricht, kommt in der Schule nicht mit, findet schwer Arbeit und bleibt oft in Parallelgesellschaften hängen. Deshalb braucht es klare Deutschpflichten im Alltag, in Bildungseinrichtungen und im Kontakt mit Behörden.

Auch beim Arbeiten braucht es klare Regeln. Unser Sozialsystem ist für echte Notlagen da. Es darf aber kein dauerhaftes Lebensmodell sein. Wer arbeiten kann, muss arbeiten. Wer Hilfe bekommt, muss mitwirken.

Ebenso gilt: In Niederösterreich stehen unsere Gesetze über religiösen Sonderregeln, Ehrvorstellungen oder Traditionen, die nicht zu unserer Lebensweise passen. Gleichberechtigung, Rechtsstaat, Sicherheit und Respekt sind nicht verhandelbar.

Wer sich integriert, Deutsch lernt, arbeitet und unsere Regeln achtet, kann Teil unserer Gemeinschaft sein. Wer das verweigert, muss mit Konsequenzen rechnen. Hier ist die Bundesregierung gefordert, konsequente Abschiebungen endlich in die Tat umzusetzen. Denn wer unsere Regeln missachtet, unsere Werte ablehnt oder straffällig wird, darf nicht in unserem Land bleiben.

Das ist der neue Kurs in Niederösterreich: weniger Schönreden, mehr Klarheit. Weniger falsche Toleranz, mehr Ordnung. Und vor allem mehr Fairness gegenüber allen, die sich an die Spielregeln halten.

Euer Sicherheitslandesrat
Martin Antauer